

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1921**

482 (15.10.1921) Abendausgabe



# Badische Presse

und  
Handels-Zeitung.  
Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Kleiner Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

**Verleger:**  
G. W. Bredel  
Königsplatz 10  
Karlsruhe

**Verantwortliche Redakteur:**  
H. W. Bredel  
Königsplatz 10  
Karlsruhe

**Redaktion:**  
Königsplatz 10  
Karlsruhe

**Wegweiser:**  
Anzahl der...  
Preis...  
Abonnement...

## England stimmt den Genfer Beschlüssen zu.

### Die Vorkonferenz entscheidet.

Paris, 15. Okt. (Eigener Drahtbericht.) „Das“ meldet aus London: Balfour, der vorgestern in London eintraf, wurde gestern von dem Ministerrat, der zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentrat, angehört. Balfour erstattete Bericht über die Arbeit des Völkerbundes und die Entscheidung, die er auf seine Empfehlung bezüglich Oberschlesiens getroffen habe. Er legte ausführlich dar, daß der Völkerbund von einem sehr objektiven Standpunkt ausgegangen wäre und daß er alle früheren Polemiken, die die obereschlesische Frage auf den Plan gerufen hätte, beiseite gelassen habe, indem er sich nur von dem Ergebnis der Volksabstimmung leiten ließ. Der Völkerbund hätte die Frage von Anfang an sachlich geprüft, und es wäre seine erste Sorge gewesen, eine politische Grenzlinie festzusetzen, die gegebenenfalls eine wirtschaftliche Sperre darstellen soll.

Nachdem das englische Kabinett die Darlegungen Balfours angehört hatte, nahm es ohne Einschränkung die vorgeschlagene Lösung des Völkerbundes an, indem es dem vom Völkerbund gefassten Beschluß einstimmig Beifall zollte. Die englische Regierung stimmte also nicht nur der vom Völkerbund beschlossenen Grenzfestsetzung, sondern auch allen wirtschaftlichen Bestimmungen zu.

Aus Nachrichten, die von der Reuteragentur aus autorisierten Quellen geschöpft sind, geht hervor, daß der Rat des Völkerbundes keine Grundzüge nach einem Gutachten eines wirtschaftlichen Komitees aufstellte, das aus Sachverständigen bestand, die wohl dem Völkerbund, nicht aber dem Völkerbundsrate angehörten. Diese Grundzüge werden die Grundlage für Abmachungen bilden, die zwischen Deutschland und Polen geschlossen werden sollen. Diese Abmachungen dürften durch Bestimmungen über die Fortdauer des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der bisherigen Weise, verstärkt werden. Sie sollen ferner den Fortbestand der früheren Einkaufsmärkte der Industrie in dem von Deutschland abgetrennten Teil gewährleisten. Es sollen auch Bestimmungen geschaffen werden zum Schutz der Eisenbahnen und der öffentlichen Einrichtungen. Ferner sollen die Arbeiter vor dem Verlust der Vorteile bewahrt werden, die sie durch die deutsche Gesetzgebung und die Organisation der deutschen Gewerkschaften genossen haben. Endlich sollen gewisse Sicherheiten bezüglich des Privateigentums geschaffen werden. Es soll keine Enteignung vorgenommen werden dürfen. Den Bedürfnisse milderer zu beiden Seiten der Grenze soll ausreichender Schutz gewährt werden. Zur Durchführung dieser Abmachungen ist es notwendig, eine Kontrollkommission einzusetzen, die sich aus einer bestimmten Anzahl von Deutschen und Polen zusammensetzt und ihren Präsidenten vom Völkerbund ernennen läßt, falls dieser dazu gewillt ist.

Was das einschlagende Verfahren bezüglich Veröffentlichung der Genfer Beschlüsse anbetrifft, so glaubt man zu wissen, daß die englische Regierung eine Entscheidung hierüber erst heute abend treffen wird. Doch kann bereits jetzt bestätigt werden, daß die alliierten sich über die großen Linien einig zu sein scheinen. Es soll das frühere Verfahren angewandt werden. Die Vorkonferenz wird im Namen der Regierung die Entscheidung des Völkerbundes prüfen und, wenn sie diese bestätigt hat, sie der deutschen und polnischen Regierung bekannt geben. Die Interalliierte Kommission von Opatow, die benachrichtigt wird, soll sofort die notwendigen Maßnahmen ergreifen, die die Durchführung des Völkerbundsbeschlusses gewährleisten. Am Tage nach dem Zusammentritt der Vorkonferenz — Samstag oder Montag — wäre es dann schon möglich, Berlin und Warschau den Schiedsspruch bekannt zu geben und die Entscheidung von der Interalliierten Kommission in Opatow könnte schon am kommenden Donnerstag zur Durchführung gebracht werden. Die englische Regierung hat schon gestern abend der französischen Mitteilung gemacht, daß sie ihre Vorschläge annimmt.

### Die Zukunft des Industriegebietes.

Paris, 15. Oktober. (Drahtbericht.) Von der englischen Regierung ist zwar noch keine amtliche Rückäußerung zu den Genfer Entscheidungen eingetroffen, dagegen liegen uns Mitternacht Preis-Entscheidungen aus London vor, nach denen das englische Kabinett der Entscheidung des Völkerbundes zugestimmt hat. Man könnte meinen, daß die Pariser Presse heute über diese Tatsache triumphieren würde. Weit gefehlt. Man hat ein Haar in der Suppe gefunden und dieses Haar ist folgendes:

Es ist bekannt, daß Balfour in seinen Äußerungen vor dem englischen Ministerrat Nachdruck darauf gelegt hat, der Völkerbunds-Grenze zu ziehen, die in keinem Fall eine wirtschaftliche Sperre und geleitet unter den sicheren Intentionen Bertinax, wittert man nun dahinter eine Täuschung. Bertinax meint, es sei sehr unwahrscheinlich, daß mit der englischen Zustimmung zu der Genfer Entscheidung alle Schwierigkeiten beseitigt seien. Denn dieses Hauptargument von Balfour, das besonders dazu beigetragen habe, die Zustimmung Lord Georges zu gewinnen, zielt darauf ab, die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens zu belassen und zu festigen. Die Hauptfrage Lord Georges, der stets darauf ausging, das Industriegebiet wirtschaftlich als gemeinsam zu behandeln, habe damit eine glückliche Lösung gefunden, wenigstens in englischem Sinne. Dieser Entschluß, auf der Landkarte eine politische Grenze einzutragen, aber tatsächlich alle wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Verbindungen bestehen zu lassen, sei geeignet, die deutsche Volksherrschaft in einem fastlich unangelegten Industriegebiet bestehen zu lassen.

Somit die Pariser Kritik. Man muß nur das Eintreffen des amtlichen Wortlauts des Genfer Beschlusses, soweit die Richtung und die Funktion der wirtschaftlichen Kontrolle über das Industriegebiet gemeint ist, ruhig abwarten. Es besteht die Möglichkeit, daß ein Teil der Entscheidung eine Ueberrückung birgt. Balfour hat nicht ohne Grund die in Genf gewonnene Lösung als politisch nicht wirtschaftlich gerecht bezeichnet. Wahrscheinlich verlangen die wirtschaftlichen Bestimmungen der Genfer Entscheidung von London ausdrücklich Garantien dafür, daß die polnisch gewordenen Gebiete im Industriegebiet nach wie vor unter deutscher Kontrolle gestellt werden und umgekehrt wird auf deutscher Seite die

Möglichkeit gegeben sein, einen einheitlichen Betrieb des ganzen Industriegebietes mit wirtschaftlichen Mitteln erzielen zu können, namentlich in Bezug auf das Verkehrs-, Versorgungs- u. Versorgungs-wesen. Das Industriegebiet dürfte also die rein deutsche Organisation beibehalten, und Bertinax hat wohl nicht unrecht, wenn er zu dem Schluß kommt, daß der polnisch gewordene Teil im Industriegebiet unter der wirtschaftlichen Souveränität des deutschen Reiches bleibt u. daß es nur unter die polnische politische Souveränität gerate. Bis zu der Aufforderung an die Polen, diese Bedingung anzunehmen, oder den Abschluß einer diesbezüglichen Konvention mit Deutschland zu verweigern, ist nur ein Schritt und Bertinax kann tatsächlich diesen Schritt nicht unterlassen! Der Erfolg dieser schnell bereiten Heße kann ruhig abgewartet werden. Jedenfalls würde die Lösung des psychologischen Rätsels, als welches die Zustimmung der englischen Regierung auf den ersten Blick erscheint, nicht un schwer zu finden sein. Balfour hat vollständig unabhängig von Lord George in Genf zu dieser Lösung beigetragen und Lord George hat sie vorbehaltlos übernommen. Beide Herren werden dazu ihren Grund gehabt haben. Der Kernpunkt der englischen Auffassung ist ja immer der Gedanke von der Einheitlichkeit des Industriegebietes und darauf haben auch die beiden deutschen Vorkonferenzen in London und Paris aufmerksam gemacht. Soweit man bis jetzt das Urteil kennt, scheint der einheitliche Charakter und der einheitliche Betrieb des Industriegebietes trotz des topographischen Verlaufes der Grenze gerettet zu sein.

### Abstimmungsergebnis und Genfer Entscheidung.

Wie ungeheuerlich das Unrecht ist, das den Deutschen in den Bezirken zugesagt wird, die nach dem Genfer Beschluß Polen zugehört werden sollen, geht aus folgender Zusammenstellung der Abstimmungsergebnisse hervor, die nach dem offiziellen Mitteilungsblatt der Interalliierten Kommission in Oberschlesien nachstehend wiedergegeben seien. Es wurden an Stimmen abgegeben:

Für Deutschland:		Für Polen:	
In Kattowitz	22 744	3 500	
„ Königshütte	31 864	10 764	
„ Myslowitz	5 827	4 528	
„ Laurahütte	6 160	3 081	
„ Chorzow	3 242	2 089	
„ Jelenze	4 703	3 866	
„ Stadt und Land Kattowitz	75 668	70 019	
„ Beuthen	29 890	10 101	
„ Bismarckhütte	8 340	4 654	
„ Stadt und Land Beuthen	74 565	73 122	

Die Städte Rybnitz und Pleß sowie ein nicht geringer Teil dieser beiden Kreise brachten ebenfalls ein überwiegende deutsche Majorität. Durch den Versailler Friedensvertrag wurden bereits, ohne jede Volksbefragung, 900 000 Deutsche in den früheren Provinzen Westpreußen und Polen von Deutschland losgerissen. Hier werden abermals, entgegen den klaren Abstimmungsergebnissen, Hunderttausende von Deutschen den Polen zugewiesen.

### Neue Sanktionen?

Paris, 15. Okt. (Drahtbericht.) Wie „Reit Parisien“ meldet, ist die französische Regierung heute wie vorgestern entschlossen, wenn Deutschland in Folge der obereschlesischen Entscheidung die eingegangenen Verpflichtungen des Friedensvertrages und des Londoner Abkommens nicht erfüllt, wieder militärische Sanktionen vorzunehmen. Die notwendigen Truppen ständen immer noch in Bereitschaft.

Paris, 14. Okt. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) „Liberté“ will erfahren haben, daß im Verlaufe des gestrigen Ministerrates über die Aufhebung der militärischen Sanktionen verhandelt wurde. Das Kabinett war mit Briand der einstimmigen Meinung, daß gegenwärtig von einer Aufhebung der Sanktionen nicht die Rede sein dürfe. Die Haltung der französischen Regierung bleibe in vielen Punkten unverändert, da sich in Deutschland nichts ereignet habe, wodurch die Aufhebung der notwendigen Garantien gerechtfertigt erscheine.

### Unruhen in Oberschlesien.

Berlin, 15. Okt. Wie das „Berl. Tagbl.“ aus Beuthen meldet, nimmt die Unsicherheit im obereschlesischen Industriegebiet zu. Das Blatt berichtet von blutigen Reibereien und Entwürfungen. In Pleß und Myslowitz hätten die Polen aufgrund der Genfer Telegramme polnische Flaggen gehißt, die sie aber in Pleß wieder hätten einziehen müssen. Polnische Soldaten werde intensiv an der weiteren Ausgestaltung der militärischen Geheimdienste gearbeitet. Kongreßpolnische Soldaten sollen sich in großer Zahl in Oberschlesien aufhalten. Deutscherseits ist ausdrücklich davor gewarnt worden, sich durch die Entscheidung, wie sie auch ausfallen möge, zu unbefonnenen Taten hinreißen zu lassen. In Opatow wird von englischer Seite mit ausdrücklicher Ermächtigung zur Veröffentlichung mitgeteilt, daß eine Entscheidung über Oberschlesiens Schicksal noch nicht getroffen sei und daß alle bisher darüber verbreiteten Meldungen falsch seien.

### Neue Gehaltsforderungen der Beamten.

Berlin, 14. Okt. Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltenvereinigungen teilt mit: Die Besoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder und der Gemeinden befinden sich mit der Entwertung des Geldes, die sich in der allgemeinen Leuerung bemerkbar macht, keineswegs in Einklang. Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltenvereinigungen hat daher, um solche wirksame durchgreifende Abhilfe zu schaffen, der Reichsregierung und dem Reichstag entsprechende Vorschläge unterbreitet. Neben der allgemeinen Forderung, daß bei Bemessung der Besoldung die Entwertung der Mark im Inland im vollen Umfange Berücksichtigung finden muß, wird verlangt eine wesentliche Erhöhung des Grundgehältes, Umwandlung des bisherigen abgestuften Ortszulages in ein veredeltetes Lohnungsgehalt, das dem durchschnittlichen Aufwand für Wohnung und Fahrgehalt für den Verkehr zwischen Wohnung und Arbeitsstätte entspricht, ein gleichmäßiger und der Leuerung angepaßter Kinderzuschlag für alle Ortsklassen und Besoldungsgruppen, ein besonderer nach Hundertteilen des Grundgehältes für alle Ortsklassen und Besoldungsgruppen als gleichmäßiger Leuerungszuschlag ausschließlich zum Grundbesalt. Unter Forderung einer Mindestsumme für die Gehaltsbestimmungen usw. Im Interesse der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder und der Gemeinden ist zu erwarten, daß die Regierung möglichst bald den Termin bekannt gibt, an dem die Verhandlungen über die obengenannten Punkte geführt werden können.

## Umschau und Auschau.

„Oberschlesien wird der Prästein sein!“ Das Wort stammt vom Reichskanzler Wirth selbst. Mit diesem Ausspruch hat er die Voraussetzung für das Programmprinzip gekennzeichnet, mit dem er nach dem Ultimatum von London die Regierung übernahm. Er konnte damit nichts anderes sagen wollen, als daß sich an der Entscheidung über Oberschlesien erweisen müßte, ob die Grundlinien seiner Politik, durch den Versuch erster Erfüllung den Feinden Deutschlands guten Willen zu beweisen und sie dadurch zu veranlassen, ihrerseits die Grenzen der deutschen Erfüllungsmöglichkeiten anzuerkennen und Deutschland durch gerechte Behandlung der noch offenen Fragen entgegenkommen zu beweisen, die richtige sei. Wir haben seinerzeit nichts dagegen eingewendet, daß der Versuch dieser Beweisführung gemacht wurde. Nur so konnte dem deutschen Volke endgültig Klarheit über die Absichten seiner Feinde und damit über die Richtung, die die deutsche Außenpolitik einzuschlagen hat, gegeben werden. Es soll also auch jetzt die Regierung Wirth kein Vorwurf treffen, daß sie ihre Politik in den vergangenen Monaten auf diese Beweisführung eingestellt hat. Aber, daß der Versuch dieser Beweisführung reiflos gescheitert ist, — wer in deutschen Landen wollte heute versuchen, die Stimme zu erheben, um zu behaupten, daß dem nicht so sei?

Man braucht nur zu versuchen, die wirtschaftliche Wirkung der Genfer Entscheidung sich an ein paar Zahlen zu veranschaulichen. Nach den neuesten Schätzungen betragen die Kohlenvorräte bei einer Tiefe bis zu 2000 Meter im gesamten obereschlesischen Abstimmungsgebiet 113 Milliarden Tonnen. Davon entfallen allein auf die beiden südlichen Kreise Pleß und Rybnitz, die uns ganz verloren gehen sollen, 91 Milliarden Tonnen. Von den bereits erschlossenen und im Abbau befindlichen restlichen 22 Milliarden Tonnen des eigentlichen Industriegebietes werden uns nach einer rohen Schätzung etwa 12 Milliarden Tonnen genommen, jedoch uns von dem gesamten Kohlenvorrat des obereschlesischen Industriegebietes in Höhe von 113 Milliarden Tonnen insgesamt 103 Milliarden Tonnen, also rund 90 Prozent, verloren gehen. Wenn man die gesamten, bis zu einer Tiefe von 1500 Meter anstehenden gewinnbaren Steinkohlenvorräte Deutschlands in Betracht zieht, so werden uns von diesen aufgrund der Genfer Entscheidung, nach einer Mitteilung des preussischen Handelsministeriums über 42 Prozent geraubt. Etwas günstiger, aber immer noch tröstlos genug gestaltet sich das Bild, wenn man die Verminderung der eigentlichen Kohlenproduktion, die ja für die Situation der nächsten 10 bis 15 Jahre ausschlaggebend ist, ins Auge nimmt. Die obereschlesische Kohlenförderung betrug im Jahre 1921 41,5 Millionen Tonnen, im Jahre 1920 31,7 Millionen Tonnen. Davon entfallen auf den Kreis Rybnitz 4,4, auf Pleß 2,1, auf Kattowitz 9,4, auf Königshütte 2,1, und auf Beuthen (Stadt und Land), von welchem Kreis Deutschland ja auch nur die Stadt verbleiben soll, 6,3 Millionen Tonnen. Unter Abzug eines entsprechenden Betrages für den Teil des Kreises Beuthen, der der Deutschland verbleibt, kommt man auf eine Verlustzahl von rund 20 Millionen Tonnen, gemessen an dem Produktionsergebnis von 1920. Da aber das Streben dahin muß, die Produktionsmöglichkeiten im vollen Umfang des letzten Vorkriegsjahres auszunutzen, so kommt man unter Berücksichtigung des gesamten Förderergebnisses von 1913 zu dem Ergebnis, daß der Ausfall an Steinkohlenproduktion, der durch die bergaulichen Anlagen in dem abzutretenden Gebiet ermöglicht wird, 28 Millionen Steinkohlen beträgt. Nachdem Deutschland bereits durch das Kohlenabkommen von Spa zu einer jährlichen Lieferung von 20 Millionen Tonnen an die Entente verpflichtet ist, soll uns durch die Abtretung Oberschlesiens ein Verlust in zunächst gleicher Höhe und von darüber hinaus gehenden Möglichkeiten treffen. Die Bestimmung des Versailler Vertrages, nach dem in den nächsten 15 Jahren Deutschland aus dem obereschlesischen Kohlengebiet Kohlen ohne Zoll beziehen darf und ebenso die Bestimmungen über die internationale Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen des obereschlesischen Industriegebietes können uns keinen Trost geben, können uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß in dem abzutretenden Gebiet die Polen die Macht haben und sie rücksichtslos unter Beugung aller Rechtsgrundsätze Bestimmungen anwenden werden. Wir stehen also der Tatsache gegenüber, daß nach der Entscheidung von Genf und unter Berücksichtigung des Abkommens von Spa die Kohlenbasis der deutschen Volkswirtschaft um 40 bis 50 Millionen Tonnen jährlich Förderung vermindert werden soll. Nehmen wir zu diesen Zahlen die Angaben, die gestern das preussische Handelsministerium über die Verluste auf anderen Industriezweigen gegeben hat. Danach würde 85 Prozent der obereschlesischen Zinkförderung und alle Zinkfällungen an Polen kommen. Es würde uns also ziemlich die ganze Zinkindustrie des Abstimmungsgebietes in einer Produktionshöhe von 17,1 Prozent der Weltproduktion und 60 Prozent der deutschen Zinkproduktion verloren gehen. Für die Weltproduktion würden die entsprechenden Zahlen 75,4 und 27 Prozent sein. Auf dem Gebiet der Eisenindustrie, deren Produktion sich im Jahre 1913 auf 2,7 Millionen Tonnen belieferte, würde der Verlust 62 Prozent betragen. Daß durch diese unerhörte großen Verluste die Basis der deutschen Volkswirtschaft, damit die Höhe des National-einkommens und die Möglichkeit, aus Ueberschüssen dieses National-einkommens unsere Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, in katastrophaler Weise vermindert wird, bedarf keiner näheren Ausführung. Und wenn die vier weisen Herren in Genf auch wirklich geglaubt haben sollten, durch Sonderbestimmungen über eine internationale Regelung des wirtschaftlichen Gefahren abzustumpfen, so zeigt die Reaktion der privatwirtschaftlichen Kreise in der ganzen Welt, deren Augen ja durch die Notwendigkeit, die privaten Interessen wahrzunehmen besonders gesäubert sind, zeigt die Reaktion der Weltbörsen, wie pessimistisch man über die deutsche Wirtschaft nach der Genfer Entscheidung denkt. Die Dollarnotiz ist mit plötzlichem Rück von 120 auf 143 emporgeschwollen. Als der Reichskanzler Dr. Wirth in seiner Finanzrede am 6. Juli seine Rechnung über die deutschen Finanzen aufmachte, bezifferte er den Kontostand am 4. bis 45 Milliarden. Damals stand der Dollar auf 42 Mark. Der Reichskanzler sprach damals die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, den Auslandswert der Mark an ihren Inlandswert heranzu-



Wieder. Wir haben damals die Befürchtung ausgesprochen, daß eher aus wirtschaftlichen als politischen Gründen das Gegenteil der Fall sein werde, daß zunächst der Außenwert der Mark sich noch verringern, und dann doch schließlich der Innenwert der Mark ihrem Außenwert folgen müsse, daß man dann auch Sachleistungen zum Wiederaufbau nicht mehr nach der „Großmark“ des Reichskanzlers, sondern nach dem Außenwert der Mark bewerten müsse. Diese Befürchtung ist Wahrheit geworden. Unter Zugrundelegung des jetzigen Standes des Dollars würden die Ausgaben des Kontributionsetats statt auf 40 bis 50 Milliarden, wie der Kanzler noch am 6. Juli meinte, auf 140 bis 150 Milliarden steigen. In den Ordentlichen Etat stellte der Kanzler damals, vor drei Monaten, 48,5 Milliarden ein. Auch diese Zahl wird stark anwachsen, wenn sich auf Grund der Markverschlechterung die unbedingte Notwendigkeit der Erhöhung der Beamtenegehälter ergibt. Auch das Defizit der Betriebsverwaltungen von rund 20 Milliarden wird sich erhöhen, wenn die Preise für Materialien usw. steigen, sobald man kaum zu hoch greift, wenn man eine Steigerung der Ausgaben aller drei Etats zusammengenommen auf 240 Milliarden Mark annimmt. Wie diese ungeheuren Summen aus einem nationalen Einkommen herausgeholt werden sollen, dessen Produktionsbasis durch den Verlust des zweitwichtigsten Industriebedens so stark vermindert worden ist, diese Frage müßte jede Regierung klipp und klar und beweiskräftig beantworten können, die die oberste Entscheidung des Völkerrundrates mit einem nutzlosen Protest schließlich doch hinnehmen und gleichzeitig auf den Bahnen der Wirtschaftspolitik weitergehen wollte.

Wir glauben, daß auch Herr Wirth die Worte im Falle stehen bleiben würden, wenn er eine Antwort auf diese Frage geben sollte. Er selbst hat sich ja nur zugetraut, durch die Finanzreform, die der Herbst bringen sollte, im Höchstfall 80 Milliarden Mark an Steuereinnahmen hereinzubringen. Es heißt also dann, wenn das Erfüllungsprogramm weiter aufrecht erhalten werden soll, nur die Kleinigkeit eines Defizits von 160 Milliarden Mark. Wie es unter diesen Umständen ein Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“, deren Redaktion sich zweifellos nicht über die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Reparationserfüllung im unklaren ist, fertig bringt, dem Weiben der jetzigen Reichsregierung und dem Fortfahren in dem Versuch der Erfüllung, wenn auch „mit anderen Gefühlen als bisher, mit weniger Hoffnung und mehr Erbitterung und härterer Kälte“ das Wort zu sprechen, ist uns, wenn man die Situation rein von außenpolitischen, nationalen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten betrachtet, ein Rätsel. Wir haben aber schon darauf hingewiesen, daß in bestimmten Kreisen die Meinung besteht, die Gesamtsituation von dem außenpolitischen und nationalen auf das innenpolitische Geleis zu schieben. Man kann das deutsche Volk und seine parlamentarische Vertretung gar nicht beschwörend genug davor warnen, diesen Weg mitzugehen. Wenn in diesen Tagen ein Nachrichtensbüro die Weltumverbreitete, daß der Beschluß des Kabinetts gefaßt worden sei, wenn die Entscheidung über Oberschlesien dem Rücktritt des Kabinetts notwendig mache, so solle Dr. Wirth wiederum mit der Neubildung der Regierung beauftragt werden, so muß man sich zunächst einmal fragen, ob die Mitglieder des Kabinetts die Verfassung, die Grundlage ihrer Regierungseristenz so wenig kennen, daß sie einen so fahnenbüchernen Beschluß fassen konnten, und man wird deshalb bis zu einer Befähigung dieser Meldung zu Ehren der Regierungsmänner an der Richtigkeit zweifeln müssen. Nach der Reichsverfassung führt die Reichsregierung die Geschäfte des Reiches, solange sie vom Vertrauen des Parlamentes getragen ist und solange sie selbst die Verantwortung für die Geschäfte in der Richtung ihres Programmprinzips tragen kann. Trifft eine dieser beiden Voraussetzungen nicht mehr zu, so hat sie zurückzutreten. Ueber den Nachfolger in Regierungsvorhitz entscheidet aber nicht sie, sondern nach § 63 der Verfassung allein der Reichspräsident. Die Frage stellt sich also, solange der Reichstag nicht das Wort hat, auf die Frage zu: Kann und will die Regierung die Verantwortung dafür übernehmen, daß nach dem Raube des größten Teiles von Oberschlesien die Politik der Erfüllung fortgesetzt wird? Die „Frankfurter Zeitung“, die offenbar aus innenpolitischen Gründen die Erstförmung des Kabinetts Wirth reiten will, ist deshalb nur konsequent, wenn sie die bisherigen Sinnen der Außenpolitik beibehalten will. Glücklicherweise erscheint die Stimmung des größten Teiles des deutschen Volkes und wir wollen hoffen auch die Volksvertretung derart, daß die Bildung einer solchen Politik unmöglich erscheint. Und wir glauben auch, daß trotz der guten Rassschläge der „Frankfurterin“ sich keine Regierung mit bürgerlicher Beimischung finden wird, die angeht die Steigerung des Defizits auf 160 Milliarden bei gleichzeitig stark vermindertem Produktionsgrundlage die Verantwortung für eine solche Politik übernehmen wollte. Diese Hoffnung kann auch an Stimmen anknüpfen, die aus dem Lager der rechts gerichteten Demokraten kommen. Wenn die „Frankfurter Zeitung“ ihrerseits die Sachlage verschleiern will, indem sie die außenpolitische Forderung nach einer Regierungsbildung auf ganz anderer, erweiterter Grundlage auf politische Seite der Rechtsopposition zurückführt und vor allem den nationalliberalen Elementen der demokratischen Partei die Schuld gibt, so muß sie sich von der führenden demokratischen Zeitung Württembergs, dem „Stuttgarter Neuen Tageblatt“, lassen lassen, daß sie damit ihrer Politik „eine den Bestand der demokratischen Partei geradezu zerstörende Nuance“ gebe. Man braucht dem nichts hinzuzufügen.

lassen wir doch um Gottes willen in diesem Augenblick höchster nationaler Gefahr, in dem es um Leben und Sterben unseres Volkes geht, alle parteipolitischen Streitigkeiten ruhen! Wenn wir es nicht erreichen können, daß der Beschluß des Völkerrundrates vom Obersten Rat entscheidend geändert wird, so wird das arme Deutschland noch beträchtlich ärmer, und nicht eine einzelne Schicht, sondern jedes Glied des deutschen Volkes wird die Verschlechterung der Lebenshaltung spüren müssen. Wie in anderen großen nationalen Fragen liegen auch hier die Interessen aller Klassen auf der gemeinsamen Linie. Bürgerschaft und Landwirtschaft, Industrie und vor allem die deutsche Arbeiterschaft handeln deshalb nur in ihrem bestverstandenen eigenen Interesse, wenn sie sich zusammenschließen zu einer festgefügtigen Front, um dem Feind zu zeigen, daß „eine Grenze hat Tyrannenmacht“. Wenn das Haus brennt, zault man nicht um die Einrichtung, sondern setzt alle Kräfte daran, den Brand zu löschen. Wenn dem Vaterlande Gefahr droht, spielt die Frage der Klassenverteilung, spielt die Frage, auf ein bißchen mehr oder weniger

**Sie**

Sollten nicht veräumen, für die Monate November u. Dezember auf die „Bad. Presse“ zu abonnieren.

Benutzen Sie den Besteckstapel auf Seite 176 u. 181.

Sozialisierung, keine Rolle. Der Verlust Oberschlesiens bedeutet für die Lebenshaltung des deutschen Volkes in allen seinen Schichten und vor allem in der handarbeitenden und mittelständischen Schichten viel mehr als eine Steuerverteilung, die dem einen oder anderen weniger gefällt, weil sie ihm nach seiner Ansicht zu viel zumutet. Die Aussicht des Erfolges im Abwehrkampf gegen das, was uns durch den Beschluß des Völkerrundrates zugebracht ist, ist an sich nicht übermäßig groß, sie besteht nur dann, wenn durch die Bildung eines einheitlichen nationalen Blocks, der zum Außersten entschlossen erscheint, den Feinden wirklich die Ueberzeugung beigebracht wird, daß ihnen diesmal keine Komödie vorgespielt werden soll, daß es diesmal ernst ist. Bis zum Beweis des Gegenteils vermögen wir deshalb auch nicht an die erwähnte Mitteilung über die Haltung der Reichsregierung zu glauben. Es ist natürlich selbstverständlich, daß sie, ehe sie den letzten Entschluß faßt, die Uebermittlung des amtlichen Befehdes aus Paris abwarten wird. Und wir wollen bis zuletzt hoffen, daß die Regierung Wirth die nationale Einsicht und den nationalen Willen über alle Parteizwänge stellen wird. Was Herr Wirth in Offenburg den EntenteStaatsmännern zugerufen hat, klingt auch den Männern, die heute die Reichsregierung bilden, beschwörenden Tones aus dem deutschen Volk entgegen: „Enttäuscht das deutsche Volk nicht!“ Die Entente hat uns schmachlich getäuscht. Diese Hoffnung liegt heute nur bei uns selbst, bei unserer Volksvertretung und bei den Männern, die die Geschicke des Deutschen Reiches im Auftrage des Parlaments führen.

### Das deutsche Eisenbahnwesen.

11 Berlin, 15. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung). Am Freitag, den 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im ehemaligen Kriegsministerium eine Sitzung des Verkehrs-ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zur Prüfung von Eingaben über Mängel usw. im Eisenbahnwesen statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Welche Vorteile wären zu erwarten, wenn die deutsche Reichseisenbahnen privatwirtschaftlich betrieben würden? Welche Form wäre dem Unternehmen zu geben?
2. Welche Einrichtungen des Privatbetriebes können auf der deutschen Reichsbahn ohne Aenderung ihres staatsrechtlichen Charakters geändert werden?

### Bunte Zeitung.

**Leben auf dem Monde.** Nach einer Havasmeldung aus New York hat der Astronom Widing von der Harvarduniversität Mondbeobachtungen ausgeführt, die ihm das Vorhandensein von Leben auf dem Monde zu beweisen scheinen. Er hat erklärt, daß diese Beobachtungen eine lebende Mondwelt, die von den Astronomen bisher sehr vernachlässigt worden ist, Widing, einer der ersten Astronomen auf dem Gebiete der Mond- und Marsforschung, kann allerdings noch nicht sagen, ob es sich um menschliches oder intellektuelles Leben überhaupt handle. Er hat aus Kraterphotographien die Ueberzeugung gewonnen, daß pilanzähnliche Gebilde mit ungeheurer Schnelligkeit erscheinen und nach längstens 11 Tagen ihre volle Entfaltung erreichen. Seine Aufnahmen zeigten auch das Auftreten von Schneefürmen und Vulkanausbrüchen. Die Sterne würden das Vorhandensein einer Atmosphäre auf dem Mond beweisen.

**Menschen, die sich selbst verkaufen.** Aus Marburg wird geschrieben: Bis in die gebildeten Schichten hinein ist der Glaube verbreitet, daß die Möglichkeit bestehe, den eigenen Körper bei Lebewesen zu wissenschaftlichen Zwecken zu verkaufen. Immer häufiger wenden sich Leute an das dortige Anatomische Institut und bieten für den Todesfall ihren Körper an. Fast täglich erscheinen Leute im Institut, die einen solchen Eigenverkauf gleich auf der Stelle abschließen wollen. Noch zahlreicher sind die schriftlichen Angebote. Lassen die Angebote auch öfters tiefertraurige Einblicke in geistverirrte Leben zu, so liegt bei denen jünger Leute, die besonders zahlreich sind, meistens auf der Hand, daß es sich darum handelt, mißgelosten Gewinn zu machen, der in Alkohol umgesetzt werden soll. Meist werden gleich mehrere Tausende gefordert. Die Universität Marburg gibt jetzt bekannt, daß es an der Zeit sei, die weitverbreitete Meinung zu zerstreuen, daß Menschenkörper angekauft würden. Das hat es nie gegeben, ist auch gesehlich unmöglich. Wie sollte sich auch die Unvergleichlichkeit, wirklich in den Besitz eines so gekauften Menschen zu kommen?

**Ein 37 Jahre brennendes Kohlenbergwerk.** Im Bezirk Hoising Wallen in Ostia brennt bereits seit 37 Jahren ein Kohlenflöz, ein Brand von einer Dauer, wie er wohl kaum je an anderer Stelle vorkommen ist. Das Feuer soll von Ausländern in boshafter Weise angelegt worden sein und hat sich mittlerweile auf eine Fläche von über 40 Quadratkilometer ausgedehnt. Man versucht das Feuer zu löschen und zwar hat man drei Jahre lang Wasser in die Schächte gepumpt, aber ohne Erfolg. An anderer Stelle hat man durch doppelte Ziegelmauern mit einem Erdkern eine nicht brennende Fläche

ringsum gegen die brennenden Teile abgeschlossen und letztere in Tagebau abzubauen versucht, aber auch diese Absperrungen wurden vom Feuer umgangen und der Abbau mußte eingestellt werden. Wo die Kohle abgebrannt ist, bricht das Gestein in der Umgebung zusammen, es bilden sich Spaltungen, durch die Luft eindringen kann, und wenn auf diese Art das Feuer an einer Stelle erlischt, bricht es unmittelbar daneben, durch den Luftzutritt angefaßt, wieder aus. In den Spalten kann man die toglühende Erde sehen und die Hitze ist so groß, daß die Quellen in jener Gegend selbst bei der strengsten Winterkälte heißes Wasser geben. Sachverständige glauben, daß das Feuer noch lange andauern kann, ja daß es erst jetzt richtig zu brennen anfängt.

**Polizisten als Schnapsbändler.** Das gesetzliche Verbot des Alkohols in den Vereinigten Staaten hat schon allenthalben merkwürdige Ueberragungen und fomite Situationen hervorgerufen, aber die sonderbarste Folge hat sich doch wohl bei einer Unterföschung ergeben, die die Bundesbehörden auf die Anklagen durch den Polizeichef von Chicago unternahmen, daß die Hälfte der 4500 Offiziere und Mannschaften der Chicagoer Polizeimacht ganz regelrecht an dem Alkoholhandel beteiligt sind. Aus den Zeugenaussagen ergab sich, daß seit vielen Monaten Schenkwirte ihre Mistake bei „Polizeiverkäufen“ machen, die ihnen dafür unbedingte Sicherheit vor aller Belästigung durch die staatlichen Organe verschaffen, indem sie ihnen Whisky-Lieferungen in den Polizeiwagen, die sonst für die Beförderung von Gefangenen zum Gefängnis dienen, zuführen. Für den Whisky, der auf diese Art befördert wurde, erhielt die Polizei eine Sondervergütung von 5 Dollar für jedes Gefäß. Eine Polizeistation war ganz in ein Lager von Alkoholordern verwandelt worden. Der Staatsanwalt brachte eine Liste von 100 Polizisten vor, die in diesem Alkoholhandel tätig waren. Zugleich stellte er fest, daß der „Ring“ von Polizisten in den letzten paar Monaten einen Gewinn von fast 1 250 000 Dollar aus dieser organisierten Verletzung der Gesele gegen den Alkohol gezogen hatte. Der Polizeichef konnte demgegenüber nur sagen, wenn er Chicago von allen Polizisten, die als Alkoholbändler mittätig gewesen wären, befreien sollte, er über die Hälfte seiner gesamten Macht entlassen müßte.

**Ein harmloses Gefängnis.** Die frechtsten Diebe scheint die Stadt Reichendach in Schiefen zu haben. Dort sind Einbrecher in das Gerichtsgefängnis eingedrungen und haben reiche Beute gemacht. Mit Nachschlüssel wurde das Gefängnis erbrochen und aus den Arbeitsbaracken Stoffe und Schuhe gestohlen. Das Wachpersonal habe nichts gemerkt.

### Pfälzer Brief.

S. Bad Dürkheim, 13. Okt. 1921.

Die zu Ende gehende Woche stand für uns Pfälzer unter dem Zeichen der Pfalzreise des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen von Lerchenfeld, der innerhalb fünf Tagen sämtliche pfälzischen Städte und Bezirke besuchte, um mit den Vertretern der Behörden, besonders aber auch mit den Vertretern aller Berufs- und Erwerbstreife durch manuelle von jeder amtlichen Formlichkeit freien Aussprachen die Änten der einzelnen Bevölkerungsschichten konoh! als auch die besonderen Bedürfnisse der Pfalz in der gegenwärtigen Zeit kennen zu lernen. Wenn auch das tiefbedauerliche Unglück, das Dppau betroffen hat, die hauptsächlichste Ursache dafür gewesen ist, daß der Ministerpräsident bald nach seinem Regierungsantritt die Pfalz als ersten bayerischen Kreis bereiste, so betrachten wir Pfälzer den Besuch doch auch als eine Anerkennung der hohen Bedeutung, die unter Dppau unter den obwaltenden Umständen nicht nur für Bayern hat. In hervorragender Weise verstand es Graf von Lerchenfeld, sich in die Gedankenwelt unseres Volkes zu vertiefen und in dessen Wipge zu leben und bei den vielseitigen Aussprachen erhielt er so manche Anregung, mit deren Berücksichtigung er sicherlich den Weg zum Herzen der Pfälzer finden dürfte. Es berührte höchst angenehm, daß der Ministerpräsident bei der Besprechung in Bad Dürkheim betonte, er sei kein Freund von mannigfachen Verpönmungen, — deren wir bei früheren Ministerbesuchen übergenug vernommen haben — sondern er wolle Maßnahmen ergreifen, wie sie den Bedürfnissen des Augenblicks entsprechen. Auch der ihm eigene ungewohnte Verkehr, seine von keinem Borgelesen beeinflusste Aussprache mit Beamten und Arbeitern verhoffen ihm überall große Sympathien. In freier, zwangloser Aussprache — Herr v. Lerchenfeld erwies sich dabei als guter Gesellschafter, der alle Klippen geschickt zu überwinden wußte — wurden alle Fragen angeschnitten, die namentlich die Bevölkerung des besetzten Gebietes betreffen, ebenso auch die Feuerungsverhältnisse im besetzten Gebiet, die Entschieden eine Reform der Klassenverteilung der Beamten, Staatsangestellten und Arbeiter verlangten. Der Ministerpräsident gab zu, daß die Lebensverhältnisse in der Pfalz teurer seien als in der Reichshauptstadt und daß inbezug auf die Heraushebung der Gehälter der Beamten und Staatsangestellten etwas geschehen müßte; vielleicht könnten ihre Wünsche auch durch eine Verringerung der Klassen auf drei erreicht werden. Zu vernehmen sei nicht, daß die Lebensverhältnisse für den Nichtlandwirt auf dem Lande so teuer seien wie in der Stadt. Auch die Kartoffelmot in der Pfalz kam zur Sprache. Nach der Versicherung des Herrn Ministerpräsidenten soll der Frage der Kartoffelbelieferung besondere Priorität gewidmet werden. Entsprechende Anordnungen der bayerischen Regierung sind bereits im Gange. Eine Reihe sozialpolitischer, nicht nur die Landesregierung beruhende Fragen wurden noch erörtert, sogar der Achtstundentag, der nach Ansicht des Ministerpräsidenten keine Aenderung erfahren kann ohne durch die Zustimmung der Arbeiterschaft selbst. Aus den Ausföhrungen v. Lerchenfelds ging hervor, daß seine Reise äußerst fruchtbringend war in Hinsicht auf die Orientierung über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Pfalz und daß die bayerische Regierung alles tun werde, was in dem Bereich der Möglichkeit liege, um die Wünsche der pfälzischen Bevölkerung zu befriedigen. Andererseits nahm aber auch der Ministerpräsident die besten Einblicke mit nach München, vor allem dem, daß die Pfalz auch unter den veränderten Verhältnissen nicht aufgehört hat, ein auf bayerisches und auf deutsches Land zu sein und zu bleiben. Von allgemeinem Interesse dürfte noch die Nachricht sein, daß der jetzige bayerische Ministerpräsident in den Jahren 1900—1904 als Assessor beim Bezirksamt Neustadt a. S. tätig war.

### Kleine politische Nachrichten.

Der Jesuitenorden beabsichtigt, wie der „Berl. Lok.-Anz.“ berichtet, in Berlin ein Jesuitenloster mit Kirche zu errichten. Der Ertrag der Rheinollgrenze. Nach der „Cologne Post“, dem englischen Stappensblatt, ist durch die Rheinollgrenze ein Ertrag von ungefähr 1,5 Milliarden Mark erzielt worden, der der Wiedergutmachung gutgeschrieben wird.

### Gicht, Rheuma, Nervenschmerzen.

„Kleine Gichtschmerzen durch Lokalbelegung.“ Herr Dr. W. Jacob, Badenweiler, schreibt u. a.: „In den letzten angeführten Jahren von 2000 bei Gichtleiden haben auch mir den rechten Weg gewiesen, nachdem ich schon verschiedenes probiert um meine riefen Gichtschmerzen, welche ich mir durch Erbsenmehl auszuweiden, zu befechten. Meine Hände und Füße waren stark geschwollen und konnte nicht gehen noch stehen. Nach Einnehmen von täglich 2 Loal-Tabletten ist mir die Gicht sofort wieder abgegangen, besonders nachts konnte ich schlafen. Nach Fortsetzung des Gebrauchs verlor ich schon innerhalb 14 Tage alle Schmerzen und kann heute wieder laufen wie früher. Ich möchte auch noch bemerken, daß sich irgendwelche unangenehme Nebenwirkungen durch die Einnahme von Loal nicht zeigten. Im Gegenteil auf meine Neben den stärksten Einfluß ausübten. So kann jeder Loal jedem Gichtleidenden nur empfehlen.“ Niemand wird behaupten, den Rat von Herrn Jacob zu befolgen. Loal hat sich seit Jahren hervorragen bewährt und wurde ärztlich allenthalben bewacht. Hunderte loben seine gute Wirkung bei Rheuma, Gicht, Gelenks-, Schenkel-, Gelenken und Gelenken. Gicht, sowie bei Nerven- und Kopfschmerzen. In allen Apotheken erhältlich.

### „Rowenta“

heißt der  
**Elektrische Koch- und Heizapparat für Reise und Haus.**

### Theater und Kunst.

#### Badisches Landestheater.

„Der fliegende Holländer“ v. R. Wagner.  
Das Dämonische in diesem Werke, S. Marshners Art noch nahe verwandt, muß namentlich durch eine gleisende Dynamik und eine straffe Anspannung der Tonhaltung zur Wirkung gebracht werden. Dies war gestern abend nicht überall der Fall, jedoch der Aufföhrung etwas Mates, Anusgeschliches anhaftete. Erst im zweiten Akt, wo die Gestaltungsart von Frau Tracema-Wilgelm an die Linien höher führte, kam Bewegung und Zug in das Ganze. Sie gab die Sentia gefanglich und darstellerisch im großen Stil. Max Büttiners Holländer und Carl Giesens Daland erreichten ebenfalls im zweiten Akt die Höhe ihrer Künstlerkraft. Den Erstverkörperte Wilhelm Lentwig hier zum erstenmale, etwas zu weich, nicht herb genug. Wohl ist der Klang seiner Stimme sehr sympathisch, aber die Tongebung müßte stabiler, gleichmäßiger werden. Die verschiedenen Register sind noch nicht verhältnismäßig genug, wodurch die Tonreize immer stark gefährdet wird. Recht frisch lang Eugen Kalnbach den Steuermann. Die Marg von Frau M. sel. Tomshil war wie stets gut charakterisiert. Herr Kapellmeister Alfred Lorenz leitete die Aufföhrung mit Schwung, wenn auch, wie eingangs gesagt, das Dämonische härter hätte herauskommen dürfen. Die Spielleitung Hans Bussards offenbarte sich in der lebensvollen, feinsinnigen Führung und der Wipstimmungsbedeuter Bühnenbilder.

Zum erstenmal: „Kose Bernd“, von Gerhart Hauptmann.  
Vorstellung für die Volksbühne im städtischen Konzerthaus.  
Hauptmanns Kindesmordtragödie wurde gestern für die Volksbühne im unglückseligen Konzerthaus aufgeführt. Raum, Inszenierung und Publikum, das bis tief im Ende hinein nicht hinter den tragischen Charakter des Schauspiels kam, halfen mit, die Aufföhrung unerträglich auseinanderzerren. Am Donnerstag wird sie im Landestheater übernommen. Da dort die Bedingungen erheblich günstiger sind soll danach erst eine ausführliche Würdigung von Wert und Darstellern erfolgen.  
Eine menschlich und künstlerisch volle Leistung allein war die Frau Klamm der A. W. Müller, danach folgte P. A. Schenck







## Der Auslands-Wert der Mark in Pfennigen.

Die Mark galt in Pfennigen nach der Währung von 1914

in	am 30. 9. 21	am 7. 10. 21	am 14. 10. 21	in	am 30. 9. 21	am 7. 10. 21	am 14. 10. 21
New-York	8.64	8.47	8.03	Madrid	6.80	—	4.24
Amsterdam	8.88	8.23	7.88	Rom	17.41	16.42	14.83
London	4.84	4.06	3.84	Kopenhagen	5.40	5.00	4.26
Paris	4.71	4.43	3.75	Kristiania	—	7.69	6.63
Zürich	8.98	8.10	7.77	Stockholm	4.34	4.08	3.80
			2.97	Wien	—	—	1283.09

## Fortgesetztes Steigen der deutschen Mark in Rußland.

Während an den westeuropäischen Börsen der Stand der deutschen Mark fortgesetzt sinkt, hat an der allerdings noch nicht offiziellen Moskauer Börse nach der Genehmigung des Freihandels ein fortgesetztes Steigen der deutschen Mark eingeleitet. Eine ungeheure Spekulationswut hat begonnen, für fremde Valuten werden sabelhafte Summen angelegt. Am begehrtesten ist die deutsche Mark, nach ihr das englische Pfund. Der Hundertmarkschein mit dem roten Stempel wird mit 80 000—82 000 Rubel, das englische Pfund mit 250 000—280 000 Rubel bezahlt. In den letzten zwei Monaten ist die deutsche Mark um mehr als fünfzig Prozent gestiegen.

## Industrie und Handel.

**Selios-Elektrizitätsgesellschaft m. b. H., Mannheim.** Unter dieser Firma wird die Selios-Elektrizitätsgesellschaft Weber u. Co. in Mannheim fortgeführt. Das Stammkapital beträgt 30 000 M.

**Schrauben- und Kleisenfabrik Roth & Co. in Badlingen (Saar).** Die Gesellschaft siedelt von dem Saargebiet nach Badlingen in Württemberg über, um den Belastungen der Zollgrenze, die nach dem Friedensvertrag das Saargebiet in das französische Zollgebiet einschließen wird, zu entgehen und um sein Hauptabgabebereich in Südbadland nicht zu verlieren. Die Fabrikgebäude sind bereits angekauft und im nächsten Jahre soll der Betrieb dort aufgenommen werden. Die Fabrik in Badlingen bleibt in kleinem Umfange für den dortigen Kundenkreis weiter bestehen. Die Träger des Unternehmens sind die Herren Rardier & Roth. Das neue Tochterwerk in Badlingen wird im Gegenzug zum Stammwerk in Saarbrücken von französischem Kapital frei sein.

**Mansfelder Kupferhüttenbauende Gewerkschaft.** Die Mehrheit der Mansfelder Kupferhütten hat im Laufe mehrerer Jahre in Berlin eine von dem Bankier Hugo J. Herzfeld geführte Kapitalistengruppe aufgefunden und es ist von dieser Seite eine weitgehende Modernisierung des Betriebs der weiterverarbeitenden Betriebe der Gewerkschaft sowohl bei den Metallhütten, wie bei den beiden westfälischen Zechen geplant. Da die beträchtlichen Geldmittel dafür nur schwer durch Ausschreibung einer Zubehörschuldenscheinemission beschaffen werden können, so wird laut „Frankfurter Zeitung“ zur Zeit ein Projekt bearbeitet, um die Gewerkschaft in irgendeiner Weise in eine beweglichere Gesellschaftsform, also in erster Linie wohl in eine A.-G. umzuwandeln. Das neue Vorhaben der Einbringung der Gewerkschaftsaktien in eine Aktiengesellschaft mit 25 Millionen M Kapital würde sich also in ganz großem Maße und für das totale Unternehmen wiederholen. Die dabei erforderlichen Mittel sollen aber nicht von den seither Beteiligten allein aufgebracht werden, sondern es besteht die Absicht, das führende Syndikat durch eine Reihe von Prozent-Teilnehmern zu ergänzen. In diesem Punkte vertritt sich die Vermutung, daß nicht nur eine Anzahl Berliner, Leipziger und sonstiger Banken eintritt, sondern auch Industrielle, darunter vor allem die A. G. E. G. und wahrscheinlich auch die Firma Otto Wolff. Die Metallbank in Frankfurt wird gleichfalls als ein Faktor genannt.

**Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft.** Zahlreiche Anfragen über den in der H. V. vom 12. September d. J. beschlossenen Umtausch der Otavi-Aktien und Genußscheine in Pfund-Anteile und die Erhöhung des Kapitals veranlassen die Verwaltung, noch einmal in großen Zügen einen Überblick über das ganze Geschäft zu geben: 1. In Zukunft sollen die Anteile nur noch auf Pfund Sterling lauten. Die Durchführung dieses Beschlusses erfordert einen Umtausch der alten Anteile in neue Anteile. Allerdings hätte der Beschluß auch im Wege einer Abstempelung der alten Anteile durchgeführt werden können, da aber auf Grund der ebenfalls beschlossenen Kapitalerhöhung obdies ein Neubaus von Anteilen erforderlich ist, sollen im Interesse der Einheitlichkeit auch die alten Anteile gegen neue umgetauscht werden. Gelegentlich des Umtauschs erfolgt auf jeden alten Anteil ein Barauszahlung von 20 M. 2. Die Genußscheine werden in Anteile umgetauscht. 3. An den Anteilen und Genußscheinen haftet ein Bezugsrecht. Das ursprünglich auf 4 000 000 M gleich 200 000 £ laufende Kapital ist auf 800 000 £ erhöht. Von der Kapitalerhöhung von 600 000 £ sollen 200 000 £ zum Umtausch der Genußscheine Verwendung finden, sodas 400 000 £ zum Bezug übrig bleiben. Es entfällt demnach auf jeden alten Anteil und auf jeden Genußschein ein neuer Anteil, der zum Kurse von 125 Proz., also zu 1/4 £ bezogen werden kann. Die Bezugsfrist läuft bereits und endet am 18. Oktober 1921. Wer die englische Valuta nicht in Natura zur Verfügung hat, muß sie gegen Reichsmark beschaffen lassen. 4. An den Bezug der neuen Anteile wird sich der Umtausch der alten Anteile und Genußscheine in neue Anteile und deren Einführung an der Börse anschließen. Der Geschäftsgang der Gesellschaft ist, wie weiter mitgeteilt wird, zufriedenstellend. Trotz der außerordentlich niedrigen Kupferpreise gehört die Gesellschaft zu den wenigen kupferfördernden Unternehmungen, die mit Gewinn arbeiten. Es wird auch damit gerechnet werden dürfen, daß auf das erhöhte Kapital eine angemessene Dividende ausgeschüttet werden kann, zumal wenn die Neuanlagen, die mit dem neuen Kapital gebaut werden, und deren Beschaffung bereits in die Wege geleitet ist, in Betrieb genommen sind.

## Verkehr.

**Aus der deutschen Schifffahrt.** Auf der Vulkan-Werft ist am 13. Oktober der Neubau der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, Dampfer „Bachum“ glücklich vom Stapel. Der Dampfer hat 500 Bruttoreistertonnen. — Der Dampfer „Kronenfels“ der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft Hanja, der vor einiger Zeit an die Entente abgeliefert werden war, ist von der Reederei Huas Stinnes zurückgekauft worden. Der Dampfer ist bereits auf der Elbe eingetroffen und mit einer Ladung Kohlen nach Harburg gefahren. — Die Hamburg-Amerika-Linie wird ihren bisherigen Westindien-Verkehrsdiens nach Havanna, Vera-Cruz und Tampico um eine weitere Westindienfahrt mit anschließendem direkten Westküstendienst durch den Panamakanal zu verschiedenen Häfen Zentralamerikas mit neuerbauten eigenen Schiffen erweitern. Die Anfahrten finden vorläufig einmal im Monat statt, und zwar wird als erstes Schiff der Dampfer „Antiochia“ am 15. November von Hamburg abgehen.

## Die Verkehrslage im Rheinstromgebiet.

Mitgeteilt von der Karlsruher Schifffahrts-A. G., Karlsruhe. Wenn in letzter Woche befürchtet wurde, daß die Situation im Rheingebiet noch schlechter werden würde, so haben sich inzwischen Verhältnisse herausgebildet, welche jede Voraussicht übertreffen. Nach kleinerem Wasser, erhöhte Schiffsmiten, hohe Schlepplöhne sind die Merkmale der Gegenwart. Die Wasserstandsberichte ergeben in am 7. 10. 9. 10. 11. 10. 12. 10. 13. 10. 14. 10.

Hünningen	cm	54	38	38	57	55	44	53
Kehl	cm	158	150	142	151	145	144	145
Magau	cm	306	302	301	288	294	292	289
Caub	cm	92	86	84	83	82	79	77

Die Schiffsmiten hielten sich in Karlsruhe auf 70 bis 80 Pfennige pro Schiffstonne und Tag bei fester Stimmung und ziemlichem Angebot. In Rotterdam steigt die Mietsprengkraft von 3 cents am 6. Oktober auf 6 cents am 10. Oktober, 8 cents am 12. Oktober. In den gleichen Tagen wurde notiert in Antwerpen 16, 17 und 21 Centime pro Schiffstonne und Tag bei ebenfalls noch steigender Tendenz.

Bei Weisel sind infolge des Kleinwassers und dadurch hervorgerufenen Festhaltens einiger Schiffe erhebliche Fahrhindernisse eingetreten, wodurch zur Zeit nur Rähne bis zu 1,40 Meter Fahrweise die Unfallstelle passieren können. Die starke Erhöhung der Mietspreise ist auf diese Umstände erheblich zurückzuführen und kommt für die große Anzahl Fahrzeuge eine bedeutende Verzögerung der Reise nach und von den Seebäfen in Betracht. Der außergewöhnlich niedrige Wasserstand von 36 Zentimeter Kölner Pegel veranlaßt die Sperre der Köln-Mülheimer-Schiffsbrücke für den gesamten Fluß- und Autoverkehr.

Entsprechend der geschilderten Entwicklung der Verhältnisse sind die Schlepplöhne von der Ruhr nach Mannheim auf 28 Mark erhöht. Von Ruhrort nach Rotterdam frigen dieselben für mittlere Rähne von 130 auf 300 Hfl., für große beladene Fahrzeuge von 160 auf 375 Hfl. Es tritt an allen Plätzen ein Mangel an Schleppkraft ein, da einestheils die hier verbleibenden Schiffe für den Rheinbedarf oberhalb Köln nicht mehr in Frage kommen, andererseits eine Anzahl Boote-Reparaturen, die auf den geringen Wasserstand zurückzuführen sind, durchgeführt werden müssen.

Die Getreidefracht von Rotterdam betrug am 7. Oktober nach Mannheim Hfl. 3,90, am 10. Hfl. 4,75, am 11. Hfl. 5,50 pro 1000 Kg. unter Zugrundelegung des 80 cents-Schlepptarifes. Die Entwicklung der Verhältnisse bedeutet für die Oberheimfahrt naturgemäß die Gefahr einer völligen Einstellung der Fahrten nach Karlsruhe (Kehl), Straßburg, da die Boote oberhalb Mannheim nicht mehr verkehren können und ist nur noch eine Möglichkeit vorhanden, die in Karlsruhe-Kehl vorliegenden Rähne auf etwa 1 Meter Fahrtiefe zu beladen.

## Märkte.

**=: Karlsruher Marktbericht vom 15. Oktober.** Die Zufuhr in Gemüße und Obst war heute sehr gut, in Kartoffeln mittelmäßig. Die Preislage blieb unverändert. An Fleisch- und Wurstwaren war kein Mangel. Verkauf wurde schiefweise das Fund 11—12 M. Rind- und Hammelfleisch 9—12 M. Kalbfleisch 13—15 M. Schweinefleisch 16—20 M. Geflügel (Hühner und Gänse) 18—20 M. In Wildbret war gutes Angebot an Hasen; dieselben kosteten mit Fell das Fund 8—10 M. ohne Fell 10—11 M. Ragout 9 M. Schlegel und Hühner 12 M. Wildenten kosteten Stück 15—18 M. Junge Hühner Stück 10—20 M. Schlachthühner 20—30 M. Enten 30—35 M. Gänse 60—80 M. und Tauben 2—6 M. Geschlachtetes Geflügel Fund 10 bis 14 M. Fettgänse 18—19 M. Auch See- und Flußfische waren genügend am Plage, Kabeljau zu 5,50—6 M. das Fund, Schellfische 2—5 M. Goldbrasse 5 M. Rotzungen 5 M. dann Felsen 9—10 M. St. 12 M. Backfische 4 M. Der Absatz war immer noch ruhig. Eier kamen ziemlich spät reichlicher zu Markt zum Preise von 2,50—2,90 M. das Stück. Butter wurde das Fund von 28—31 M. abgesetzt. Bei Käse blieben die bisherigen Preise. Der allgemeine Geschäftsgang war gut.

**=: Schweinemarkt in Durlach vom 15. Oktober.** Der heutige Schweinemarkt war reichlich mit Milchschweinen und Läufern besetzt, von Kaufleibern sehr beliebt. Die Preise bewegten sich für Milchschweine von 150 bis 230 M. für Läufer von 350 bis 400 M. Für besonders schwere und gute Ware wurde noch mehr bezahlt. Im allgemeinen war jedoch das Geschäft schleppend; es konnte nicht alles verkauft werden, wie dies vor acht Tagen der Fall war. Käufer und Verkäufer waren aus dem Durlacher und den benachbarten Amtsbezirken, sogar aus dem Oberland erschienen. Wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche auf dem Bahnhöfen und in Stuppried findet bis auf weiteres in Durlach kein Schweine- und Rindfleischmarkt mehr statt. Die üblichen Speck- und Wurstschmähregeln sind beibehalten worden.

**Marktberichte.** Auf dem Viehmarkt in Bonndorf waren aufgeführt: 12 Ochsen, 8 Kälbinnen, 9 Kühe, 10 Stück Jungvieh. Verkauf wurden 3 Ochsen zum Preis von 5600—8300 M., 7 Kühe zum Preis von 3600—8200 M., 3 Stück Jungvieh für 2100—4900 M., 2 Kälbinnen für 7800—9600 M. Außerhalb des Marktes fand der Handel dann keine Fortsetzung, wobei höhere Preise bezahlt wurden. Auf dem Schweinemarkt befanden sich 159 Ferkel und 20 Läufer. Das Paar Ferkel wurde zu 80—270 M., Läufer zu 500—800 M. verkauft. — In Pfullendorf war der Obstmarkt sehr stark besetzt. Am reichlichsten war Mostobst vertreten. Der Preis pro Kilogramm betrug 1,40—1,70 M. Weiße Rüben, Kraut und Kohl war ebenfalls reichlich zu haben. Der Zentner Kohl kostete 40 M. Französisches Mostobst ist angekommen. Die Qualität dieses Obstes läßt zu wünschen übrig. Der Preis für den Zentner betrug 115 M.

In Rastatt waren aufgeführt an dem gestrigen Markt: 11 Stück Läufer, Preis pro Paar von 800 bis 1500 M., 749 Stück Ferkel, Preis pro Paar von 150—300 M., 211 Stück Grobheute, Kühe, Preis von 6000—9000 M., Durchschnitt. Rinder, Preis von 2000—4000 M., Durchschnitt. 15 Kälber, Preis von 1100 bis 1800 M., Durchschnitt. 1 Pfund Butter 30 M., Trinteier 2,50 M.

## Mannheimer Wochenbericht.

Getreide. Die Ausfaat der Winterweizen, besonders des Winterroggens und der Wintergerste, ist erfolgt, aber infolge der Trockenheit liegen die Körner noch ungeteilt im Erdboden und sind so dem Mäusefraß ausgesetzt. Der Landwirt hat mit der Trockenheit gleich gerechnet und ein Drittel über das Maß gesät, um einigermaßen gute Saat zu bekommen. Nur der etwas früher in den Erdboden gebrachte Keps ist aufgegangen, aber gegen frühere Zeiten noch weit zurück. Am Handel herrscht größte Zurückhaltung, einmal wegen der hohen Forderungen, dann aber auch wegen der ungünstigen Meldungen über Oberschlesien und der damit verbundenen innerpolitischen Schwierigkeiten. Wenn auch die Preise am Warenmarkt fortgesetzt steigen, so doch erfreulicherweise nicht in dem Umfang, wie am Devisenmarkt, selbst nicht einmal bei den Auslandswaren, die mit Devisen bezahlt werden müssen. Weizen war wenig gefragt infolge geringen Mehlabfahes, kostete aber 20 M die

100 Kilo mehr, 500 gegen 480 M in der Vorwoche. Roggen erfreut sich zwar größerem Interesse, wurde aber nur in geringem Umfange aus dem Markt genommen. Die Höherbewertung betrug ebenfalls 20 M, 420 gegen 400 M für süddeutsche und 380—400 M für norddeutsche Ware. Hafer wurde auch in dieser Woche mehr gesucht als angeboten und die Preise stellten sich für in Mannheim verfügbaren Hafer auf 395—400 M, für württembergischen 385 M und für bayerischen auf 375 M ab dortige Stationen. In dem Getreidekauf seitens der Brauereien ist jetzt ebenfalls Stillstand eingetreten, da den Brauereien die Preissteigerung doch zu stark wurde. Am höchsten Plage kostete Gerste je nach Qualität 550—575 M, für pflanzliche Gerste nannte man 580—600 M, für fränkische 570—575 M und für württembergische 540 M ab dortige Stationen. Was, das ganz dem Devisenmarkt unterworfen ist, hat mit 30 M auf 385 bis 390 M die stärkste Steigerung aufzuweisen. Obwohl den Landwirten für ihr Getreide jetzt ebenfalls mehr bezahlt wird, ist ihnen Meis für die Schweinefütterung doch zu teuer und verflüchten sie lieber von ihrer Frucht, weshalb das Geschäft in Meis ebenfalls gering war. Von Auslandsgetreide wurde Konfass-Weizen II zu 630 M die 100 Kg. ab Hamburg offeriert, also gegenüber dem deutschen Weizen etwa 130 M teurer.

Mehl. Die Mühlen klagen über Absatz infolge Wagenmangel. Im Kleinhandel ist das Geschäft etwas besser geworden, da der Konsum infolge Befürchtung hoher Meispreise Angstkäufe infolge ungewisser Kartoffelerzeugung vornimmt. Die süddeutschen Mühlen verlangen für ihre Spezialmarke Kull bis jetzt noch unverändert 725 M, für Roggenmehl 550 M für Weizenmehl 350 M, norddeutsche Mühlen für 65—70 Proz. ausgewähltes Weizenmehl 645 M, für Roggenmehl 490 M ab norddeutsche Stationen. Weisgrich war zu 500 M ab süddeutsche Mühlen zu haben, Haferstroh zu 680—690 M die 100 Kilo.

Futtermittel hatten ebenfalls festen Markt, aber auch hier zeigte sich Zurückhaltung im Einkauf. Weizenkleie als Bestmehl für die Schweinemast bleibt der geschätzteste Artikel und kostete 240 bis 245 M ab Mühle, Trodenkorn 255—260 M, vollwertige Zuckerrüben 350 M, Stiefeln 350 M, Rapsstücken 260 M, Rotschinken 350 M, Palmstücken 350 M, Leintuchen 400 M, Palmstücken 275 M, Reisfische 200 M, Reisfuttermehl 250 M, Gerstefleie 240 M, Roggenkleie 250—260 M je 100 Kilo ab süddeutsche Stationen. Die große Trockenheit hat die Grünfütterungsmöglichkeit wieder stark eingeschränkt und es ist für Raufuttermittel mehr Bedarf hervorgerufen, so daß die Preise eine Kleinigkeit angehoben. Weizenheu bedang 200—220 M, Rotkleeheu 210—230 M, Luzerne-Kleeheu 240—250 M, Preisstroh 60—70 M und gebündeltes Stroh 60—75 M pro Doppelzentner waggongreif Mannheim.

Süßenfrüchte haben trotz ihrer Vernachlässigung eine Preissteigerung zu verzeichnen und zwar insländische Erdäpfel um 50 M auf 500—650 M und Reis um 75—100 M auf 800—1000 M, während Ackerbohnen mit 400 M und Raugobbohnen mit 410 M pro 100 Kilo ab Mannheim unverändert blieben.

Tabak. Die Sandgruppen und Sandblätter werden im schnellsten Tempo den Landwirten abgenommen und es dürfte in wenigen Tagen die ganze Ernte 1921 von den Pflanzern an Händler und Fabrikanten übergegangen sein, obwohl sie noch am Dach hängen. Absatz wurden in den Herbst- und Gumbi-Orten für Sandblätter 1800 M, im badischen Oberland zuerst 1200 M, dann 1450 M und mehr pro Zentner, wie sie am Dach hängen, ob gesund und brauchbar oder krank und hageverfälscht. Die Käufer übernehmen bei diesem Preis ein großes Risiko und es ist eine Frage der Valuta, ob diese gewöhnlichen Preise gerechtfertigt sind. Da die 1921er Tabake von ausschließlich kräftiger Qualität sind, wird man die leichten 1920er Tabake bis zum lehen Fund aus den Lägern und bei den Selbstvermietern jagen. Diese starke Nachfrage und die weitere Marktentwicklung haben denn auch wiederum eine Preissteigerung von 200—300 M pro Zentner für die 1920er Tabake gebracht. Im Hanauer Land sind wiederum einige tausend Zentner Bauerntabake zu 1200—1300 M pro Zentner verkauft worden. Rippen sind zu bisherigen Preisen zu haben, aber das Interesse ist klein.

## Börsenberichte.

— **Trefftag der Reichs-Börsenvereinigungen, 14. Oktober 1921.** Der Verkehr war heute sehr ruhig. Der niedrige Stand unserer Markt läßt einen ersten Eindruck auf das Geschäft aus. Weizen, Hafer und Gerste lief. Die Kaufkraft ist sehr vorläufig. Der Mostobstmarkt hielt sich hauptsächlich in Offenbach ab. Im Gegenzug zu den Vorwochen waren wenig Lieferanten. Nach Kartoffeln große Nachfrage. Ebenso in französischen Weinen. Angeboten ist Krüschwäfer, Zwetschenwasser, Mostobstwein und Obstobstwein.

**Frankfurt a. M., 15. Okt.** Die Devisen waren heute vor mittag weiter fest. Man nannte Holland 4850, Schweiz 2800, Paris 1060, Brüssel 1040, London 562, Newyork Kabel 145.

## Vom Valutamarkt.

**Berliner Devisennotierungen, Berlin, den 15. Oktbr.** Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Auszahlung.	14. 10. 21	15. 10. 21	Telegraph. Auszahlung.	14. 10. 21	15. 10. 21
Amsterdam	1035 1/2	1034 1/2	New-York	138 7/8	140 01
Brüssel Antw.	1014 1/2	1013 1/2	Paris	1073 1/2	1074 01
Kopenhagen	1683 1/2	1681 1/2	Schweden	1677 1/2	1682 01
Kristiania	1683 1/2	1681 1/2	Spanien	11883 1/2	11887 01
Konstantinopel	2827 1/2	2826 1/2	Polen	168 1/2	169 01
London	562 1/2	562 1/2	Portugal	146 1/2	147 01
Madrid	1683 1/2	1681 1/2	Rumänien	20 1/2	21 01
Moskau	1683 1/2	1681 1/2	Serbien	146 1/2	147 01
Prag	146 1/2	147 01	Tschechien	20 1/2	21 01
Warschau	146 1/2	147 01	Ungarn	146 1/2	147 01
Zürich	146 1/2	147 01			

— **Frankfurter Devisennotierungen, Frankfurt, den 15. Okt.** Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Auszahlung.	14. 10. 21	15. 10. 21	Telegraph. Auszahlung.	14. 10. 21	15. 10. 21
Amsterdam	1035 1/2	1034 1/2	New-York	138 7/8	140 01
Brüssel Antw.	1014 1/2	1013 1/2	Paris	1073 1/2	1074 01
Kopenhagen	1683 1/2	1681 1/2	Schweden	1677 1/2	1682 01
Kristiania	1683 1/2	1681 1/2	Spanien	11883 1/2	11887 01
Konstantinopel	2827 1/2	2826 1/2	Polen	168 1/2	169 01
London	562 1/2	562 1/2	Portugal	146 1/2	147 01
Madrid	1683 1/2	1681 1/2	Rumänien	20 1/2	21 01
Moskau	1683 1/2	1681 1/2	Serbien	146 1/2	147 01
Prag	146 1/2	147 01	Tschechien	20 1/2	21 01
Warschau	146 1/2	147 01	Ungarn	146 1/2	147 01
Zürich	146 1/2	147 01			

— **Zürcher Devisennotierungen, Zürich, den 15. Okt.** Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraphische Auszahlung.	14. 10. 21	15. 10. 21	Telegraphische Auszahlung.	14. 10. 21	15. 10. 21
Holland	1035 1/2	1034 1/2	New-York	138 7/8	140 01
Deutschland	1035 1/2	1034 1/2	Paris	1073 1/2	1074 01
London	562 1/2	562 1/2	Schweden	1677 1/2	1682 01
Madrid	1683 1/2	1681 1/2	Spanien	11883 1/2	11887 01
Moskau	1683 1/2	1681 1/2	Polen	168 1/2	169 01
Prag	146 1/2	147 01	Portugal	146 1/2	147 01
Warschau	146 1/2	147 01	Rumänien	20 1/2	21 01
Zürich	146 1/2	147 01	Serbien	146 1/2	147 01
			Tschechien	20 1/2	21 01
			Ungarn	146 1/2	147 01

## Wer arbeitet mit?

Vielseitig sind die Wirkungen des Kräftigungsmittels Biomalz. Ob man es zur Stärkung nach Krankheiten, bei Unterernährung, Blutmangel, Nervosität, Überanstrengung nimmt oder als Kräftigungsmittel an Stelle einer Erholungsreise, immer nimmt man es mit Erfolg! Und wie unverhältnismäßig gering sind die Kosten einer Biomalz-Nahrung gegen die einer anderen Kur, wie teuer ist im Vergleich zu Biomalz eine Milchur, und wie wenig wirksam ist sie im Vergleich zu Biomalz, wie sie leider so oft für teures Geld verkauft wird.

Und der Erfolg einer Biomalz-Nahrung ist kein eingebildeter, das wissen wir aus Berichten von Ärzten und Klinikern, und das wissen wir aus den immer wieder freiwillig eingehenden Zeugnissen von Privatpersonen über die Wirksamkeit des Biomalz. Dies ist aber der beste Beweis für den Wert einer Biomalz-Nahrung, daß ihre Wirkungen auch äußerlich zutage treten: das Aussehen wird besser und blühender.



Alle, die gleichwohl noch zweifeln, sollen nun aber überführt werden, deswegen schreiben wir einen Wettbewerb mit Preisen im Werte von insgesamt

## zehntausend Mark

aus. Es gilt, sinnfällige Beweise für die gute Wirkung einer Biomalz-Nahrung beizubringen. Beweise gleichviel welcher Art. Dabın rechnen wir wahrheitsgetreue Berichte über eine Biomaltnahrung, Angaben über das Gewicht vor und nach der Kur, Befragungen erhöhter Wohlstandes und Steigerung der Leistungsfähigkeit, bei Kindern auch Körpermessungen vor und nach der Kur und ähnliches mehr. Besondere würden Photographien die Beweisraft der Einfaltungen wünschenswert erhöhen.

Zugelassen werden alle Bewerber, die sich in der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 15. April 1922 einer Biomaltnahrung unterziehen und Beweismittel obengedachter Art einbringen. Die näheren Bedingungen des großen Wettbewerbs Nr. 10 bitten wir mit Postkarte von uns anzufordern. Geh. Patermann, Seltow-Berlin 42.















